



An den Präsidenten
des Südtiroler Landtages
Herrn Josef Nogglar
Silvius-Magnago-Platz 6

39100 Bozen

Bozen, den 12. Februar 2020

Begehrensantrag „Anti Abbandono“ – Gesetz des Irrsinns

Seit 7. November ist das Gesetz zur neuen Straßenverkehrsordnung 117 von 2018 in Kraft. Nach Artikel 172 „Anti Abbandono“ müssen ab 6. März 2020 Kindersitze mit einem Alarmierungssystem ausgestattet sein, welches die Eltern, die Großeltern, sprich, die/den Autolenker/in beim Verlassen des Wagens auf die Anwesenheit des Kleinkindes aufmerksam macht. Eltern von Kindern bis zu vier Jahren müssen einen neuen Kindersitz ankaufen oder ihren Kindersitz entsprechend umrüsten und mit einem oder mehreren „Sendern“ ausstatten – je nachdem, wie viele Personen das Kind fahren. Wer bis dahin keinen Kindersitz mit vorgeschriebenen Alarmierungssystem hat, muss mit Geldstrafen zwischen 83 und 323 Euro rechnen, noch dazu werden fünf Führerscheinpunkte abgezogen. Der vom Staat zugesicherte Beitrag von 30 Euro pro Kind ist mickrig und die im Staatshaushalt vorgesehenen 20 Mio. Euro (für 2019 und 2020) reichen für die 1,8 Mio. betroffenen Kinder bei weitem nicht aus.

Mit dem Artikel „Anti Abbandono“, wurden die Eltern vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie mussten sich innerhalb kürzester Zeit mit der Einhaltung eines irrsinnig erscheinenden, nicht nachvollziehbaren und interpretationsbedürftigen Gesetzes befassen. Gesundheitliche Folgen der Kinder werden darin ebenso wenig berücksichtigt, wie die Aspekte Zeit und Geld. Das Gesetz gleicht einem „Schnellschuss“ mit unbedachten Folgen für die Bürgerinnen und Bürger.

Über eine Petitionsplattform wurden in den vergangenen zwei Monaten über 6.000 Unterschriften gesammelt, die sich gegen den Artikel „Anti Abbandono“ richten – der Großteil dieser Unterschriften stammt aus der Provinz Bozen.

Dies vorausgeschickt und in Anbetracht dessen, dass Gesetze, die in Italien oft ohne großen Anspruch auf Einhaltung eingeführt, in Südtirol jedoch rigoros kontrolliert werden,



**fordert der Südtiroler Landtag
die italienische Regierung und das italienische Parlament auf**

- umgehend die Überarbeitung des Artikels „Anti Abbandono“ in die Wege zu leiten und diesen unter Berücksichtigung des Gesundheits-, Organisations- und Finanzierungsaspektes abzuändern sowie
- begleitend dazu eine staatsweite Sensibilisierungskampagne zu starten, welche auf mehr Eigenverantwortung der Eltern abzielt.

Gezeichnet von den Landtagsabgeordneten

Gert Lanz

Helmut Tauber